
Beschlussprotokoll des Parteitags der SP Schweiz

Samstag, 1. Dezember 2018 in Brugg/Windisch

Vorsitz: Christian Levrat
Protokoll: Chantal Gahlinger, Dario Schai
Anwesend: rund 500 Delegierte und 100 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen des Parteitags werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

1. Eröffnung des Parteitages

Der Parteitag wird von Michael Sorg eröffnet. Er dankt der SP Aargau herzlich für ihre Gastfreundschaft und gratuliert zum Gewinn von 3.7% bei den Grossratswahlen für die SP.

Es folgt ein Grusswort von Gabriela Suter, Präsidentin SP Kanton Aargau. Sie betont die Notwendigkeit des Atomausstiegs und verweist darauf, dass sich die SP Aargau auch gegen Endlager wehrt. Verkehrsprobleme löst man nicht mit mehr Strassen. Die Dominanz von FDP und SVP führt zu verschiedenen schmerzhaften Abbaupaketen.

Urs Hofmann, Regierungsrat Kanton Aargau, verweist in seinem Grusswort auf die Gründung der helvetischen Gesellschaft, die neue politische Gedanken für die Zukunft formulieren wollte. Auch in der heutigen Zeit des Umbruchs mit Klimaerhitzung, Digitalisierung und wirtschaftspolitischen Fragen sind solche Ansätze von grösster Bedeutung. Die SP muss die Anliegen der Bevölkerung aufnehmen, u.a. bei Themen wie AHV, Bildung und Weiterbildung sowie Gesundheitsversorgung.

Rosi Magon, Vize-Gemeindepräsidentin von Windisch, begrüsst die Delegierten im Namen des Stadtrats Brugg und des Gemeinderats Windisch. Brugg/Windisch ist ein geschichtsträchtiger Ort. U.a. befindet sich hier das kantonale Bildungszentrum, die Fachhochschulen. Windisch ist die politisch am weitesten links positionierte Gemeinde im Kanton Aargau mit einer SP, die im Gemeinderat mit 40% vertreten ist.

2. Geschäfte zum Ablauf des Parteitages

Mitteilungen

- Rebekka Wyler ist am Vormittag entschuldigt, da sie am SGB-Kongress teilnimmt.
- Im Foyer finden sich Infostände zu ganz verschiedenen Themen, die aus sozialer und ökologischer Sicht von Relevanz sind.
- Hannah Pfalzgraf, Juso, führt ein Genderwatch-Protokoll. Bereits an früheren Veranstaltungen wurde erhoben, wie oft Männer und wie oft Frauen sprechen. Diese Erhebung wird nun u.a. mit der Redezeit von Frauen und Männern ergänzt sowie der Frage, ob konsequent gendergerecht gesprochen wird. Die Auswertung wird am Sonntag vorgestellt. Ziel ist eine Reflexion über das eigene Verhalten.
- Es wird auf die Broschüre der SP „Commons“: „Gemeinsam für eine solidarische und demokratische Welt“ verwiesen.

Genehmigung der Geschäftsordnung

Redezeit: Die Redezeit beträgt maximal drei Minuten für die Antragstellenden. Beim Wirtschaftskonzept sind es drei Minuten für die Antragstellenden und zwei Minuten für die übrigen RednerInnen. Ordnungsanträge können immer eingereicht werden. Ordnungsanträge, die den Ablauf des

Traktandums behandeln, müssen vor dem jeweiligen Traktandum eingereicht werden. Ordnungsanträge auf Beschränkung der RednerInnenliste werden je nach Verlauf der Debatte durch den Tagungsvorsitz gestellt.

Wortmeldezettel

Wortmeldezettel müssen vor dem Podium geholt und können nur dort wieder abgegeben werden. Sie müssen vor dem Beginn des vorherigen Traktandums eingereicht werden.

Beschluss des Parteitags: Die Geschäftsordnung wird genehmigt.

Wahl StimmzählerInnen

Beschluss des Parteitags: Die Stimmzählenden werden gemäss Liste gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Beschluss des Parteitags: Karin Mader und Ursula Wolfsberger werden gewählt.

Wahl Präsident des Wahlbüros

Beschluss des Parteitags: Sascha Antenen wird gewählt.

Traktandenliste

Beschluss des Parteitags: Die Traktandenliste wird genehmigt.

Am Parteitag gibt es eine Übersetzung in Gebärdensprache mit dem Ziel der gelebten Inklusion. Tatjana Binggeli, Präsidentin des schweizerischen Gehörlosenbundes, betont die Notwendigkeit der Barrierefreiheit und der Gleichberechtigung für Gehörlose und Gehörbehinderte. Politische Teilhabe muss für alle Menschen selbstverständlich und möglich sein. Die Schweiz ist bei dieser Frage im europäischen Vergleich, vor allem auf der politischen Arena, im Rückstand.

3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz

Christian thematisiert den Angriff auf die Grundrechte und spricht die Bedrohung durch Nationalismus und Populismus an. Das deutliche Nein zur Selbstbestimmungsinitiative vom 25. November setzte ein wichtiges Zeichen. 2/3 der Abstimmenden sagten Ja zu einer offenen Schweiz. Die Rechte nimmt das nicht wahr und verweigert Lösungen bei den Themen Migration und Klima. Globale Probleme erfordern eine globale Lösung. Die SP kann Gegensteuer geben und den sozialen und ökologischen Fortschritt voranbringen. Der Rahmenvertrag mit Europa darf nicht auf Kosten der Arbeitnehmenden gehen. Diese Haltung ist kein Votum gegen Europa, sondern für einen wirksamen Lohnschutz. Die Wahlen 2019 sind entscheidend. Die Krankenkassenprämien steigen, die Steuerpolitik wird heute für Reiche gemacht, bei Gleichstellung und Lohngleichheit, Klimaschutz und Service public besteht Handlungsbedarf. Es braucht Massnahmen für eine richtige Aus- und Weiterbildung für alle.

4. Protokoll des Zukunftsparteitages vom 3./4. Dezember 2016 in Thun

Das Beschlussprotokoll des ausserordentlichen Parteitags vom 2. und 3. Dezember 2016 in Thun wird genehmigt. Dieses kann unter www.spschweiz.ch/parteitag heruntergeladen werden. Ausserdem kann es beim Zentralsekretariat in gedruckter Form angefordert werden.

Beschluss des Parteitags: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

5. Genehmigung Berichte

Der Geschäftsbericht 2016-2017 wird genehmigt. Dieser kann unter www.spschweiz.ch/parteitag heruntergeladen werden. Ausserdem kann er beim Zentralsekretariat in gedruckter Form angefordert werden.

Beschluss des Parteitags: Der Geschäftsbericht wird einstimmig genehmigt.

Begrüssung der internationalen Gäste

Michael Sorg begrüsst die zahlreich erschienen ausländischen Gäste - zahlreiche Botschafterinnen und Botschafter, Vertreterinnen und Vertreter von Schwesterparteien sowie fast 20 Mitglieder unserer eigenen internationalen Sektion - wie auch die Ehrengäste Hans-Jürg Fehr, Ursula Mauch, Christoph Berger, Hildegard Fässler und Jacqueline Fehr.

6. Rede Alain Berset, Bundespräsident

Alain bezeichnet als seine stärkste Begegnung in seinem Jahr als Bundespräsident den Besuch im grössten Flüchtlingslager der Welt, wo er auf Rohingya-Kinder traf. Die weltweiten Flüchtlings- und Migrationsbewegungen sind gigantisch, es sind viele Kinder betroffen. Die Verantwortung dafür kann nicht ausgelagert werden und die Schweiz muss eine aktive Rolle einnehmen. Gegenüber diesen Fragen darf man nicht gleichgültig sein. Auch in der Schweiz besteht Handlungsbedarf. Armut in der Schweiz ist eine Tatsache. Wichtig sind insbesondere gleiche Chancen für alle Kinder und ein bezahlbarer Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle. Die Prämienlast muss reduziert werden. Andere Länder sollen als Partner gesehen werden. Offenheit ist ein Teil der Schweizer Identität. Bilaterale Verträge sind das Fundament der stabilen Beziehungen in Europa. Schweizer Löhne und Arbeit zu Schweizer Bedingungen müssen erhalten bleiben.

7. Wirtschaftskonzept

Einführungsreferat Beat Jans: Beat beschreibt die Entstehungsgeschichte, Ziele sowie Sinn und Zweck eines Wirtschaftskonzepts und präsentiert die inhaltlichen Schwerpunkte. Grundsätzlich gilt: Der Wirtschaft geht es gut, wenn es den Menschen gut geht. Die Wirtschaft muss die Menschen und die Umwelt ins Zentrum stellen. Es braucht eine Wirtschaft für alle. Die Energiewende schafft Arbeitsplätze. Wichtig sind gerechtere Bodenrenten und die Gleichstellung. Die Digitalisierung verändert unser Leben und den Service public in zentralen Bereichen und muss gestaltet werden.

Kurzauftritt der ArbeitsgruppenleiterInnen: Prisca Birrer Heimo, Eric Nussbaumer und Samuel Bendahan erläutern kurz, was ihnen inhaltlich und in Bezug auf den Prozess der Erarbeitung besonders wichtig ist. Barbara Haering und Urs Wüthrich sind entschuldigt.

Diskussion und Behandlung der Anträge A-1 bis A-10 (Präambel und Einleitung)

Eine erste Wortmeldung von Leo Keller beinhaltet grundsätzliche Fragen rund um Digitalisierung und die Notwendigkeit von Weiterbildung. Das Papier nimmt diesbezüglich wichtige Aspekte auf und muss in der Umsetzung begleitet werden.

A1: Raffael Wüthrich, Sektion Bolligen

Wortmeldung: Raffael Wüthrich

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Der vorgeschlagene Untertitel ist umständlich und einer breiten Bevölkerung wenig zugänglich. Wir schlagen folgende Änderung vor: «Vorschläge für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik 2019-2029»

Beschluss des Parteitags: Modifizierte Annahme gemäss Antrag der GL

A2: Sepp Dorfschmid, SP-Wädenswil: Forderung: umformulieren

Wortmeldung: Sepp Dorfschmid

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme.

Begründung: Das Narrativ knüpft an den Anspruch der SP, für „alle statt für wenige“ zu kämpfen. Insofern möchten wir den ersten Satz stehen lassen. Der zweite Satz kann im Sinne des Antrags angepasst werden.

Beschluss des Parteitags: Modifizierte Annahme gemäss Antrag der GL

A-5: Ursula Funk, Delegierte SP Frauen* Schweiz

Wortmeldung: Ursula Funk

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: In der Sache stimmt die GL der Antragstellerin zu. Der Verweis auf die Agenda 2030 ist aber bereits an anderer Stelle prominent im Papier aufgenommen und in dieser knappen Einleitung zu technisch.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

A-6: Nadia Kuhn, Andrea Simonett, Hannah Pfalzgraf, Dario Engeloeh, Lorena Stocker, Virginie Bertoncini, Ronja Jansen, Brice Touilloux, Julia Baumgartner, Gian Luca Bonanomi, Loris Ducry, Luca Dahinden, Lewin Lempert und Mia Jenni

Wortmeldung: Lorena Stocker

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die GL möchte am Aufbau und an der Einführung ins Wirtschaftskonzept festhalten, wie er in den Arbeitsgruppen basisdemokratisch erarbeitet und verabschiedet wurde. Sie erachtet es als falsch, jetzt einer kleinen Gruppe von Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, ihre selektiven Schwerpunkte und Akzente in den Vordergrund zu schieben. Die aufgeführten Inhalte sind sämtlich bereits im Papier aufgenommen. Sie befürchtet auch, dass eine undifferenzierte Wortwahl («entfesselt kapitalistisches Wirtschaftssystem mit einer zunehmenden Konzerndiktatur» und Verkürzungen wie „Fremdenfeindlichkeit wird durch Ungleichheit genährt“ unvoreingenommene Lesende abschreckt und die Glaubwürdigkeit des Textes schmälert. Der Zusammenhang zwischen dem Wahlsieg von Rechtspopulisten in vielen Ländern und der Wirtschaft wird in Kapitel 2.3 ausführlicher erklärt.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-8: Luc Rochat, Montagnes neuchâtelaises, NE

Wortmeldung: Luc Rochat

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Dieser Vorschlag ist hier falsch platziert. Wir möchten in diesem Abschnitt keine theoretischen Grundsätze erörtern oder das Parteiprogramm wiederholen, sondern unsere Erzählung einleiten, die als Leitmotiv für die Wirtschaftspolitik der nächsten zehn Jahre dienen soll.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-10: Yusuf Kulmiye et Bertil Munk, Lausanne, PSV

Wortmeldung: Bertil Munk

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die GL ist der Meinung, dass die getroffene Formulierung sich inhaltlich nicht unterscheidet, aber kürzer und prägnanter ist.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

Für die GL nimmt Françoise Bassand Stellung.

Diskussion und Behandlung der Anträge A-11 bis A-27 (Entwicklung der letzten 10 Jahre)**A-12: Sylvain Thévoz Parti socialiste Ville de Genève, section cantonale Genève**

Wortmeldung: Sylvain Thévoz

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die GL ist der Meinung, dass Crowdfunding tatsächlich auch Künstler_innen eine gewisse Unabhängigkeit von grossen Labels und Verlagen verschaffen kann. Das bedeutet aber nicht, dass wir uns deshalb von der öffentlichen Kulturförderung distanzieren. Im Gegenteil.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL.

A-13: Manuel Zwysig, Parti socialiste Ville de Genève, section cantonale Genève

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die Folgen der Digitalisierung auf die Arbeitsplätze lassen sich heute (Anfang 21. Jahrhundert) tatsächlich nicht abschätzen. Das Thema wird aber weiter unten noch im Detail behandelt.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

A-14: Dani Altenbach, Sektion Winterthur-Töss

Wortmeldung: Dani Altenbach

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss des Parteitags: Die GL ist der Meinung, dass die im Antrag angesprochene Thematik der ungewissen Auswirkungen der Digitalisierung im Papier bereits ausreichend und zum Teil präziser enthalten sind.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-15: Yusuf Kulmiye et Bertil Munk, Lausanne, PSV

Wortmeldung: Bertil Munk

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung Der vorgeschlagene Text hinterlässt den Eindruck, dass Produktionsverschiebungen in Billiglohnländer der einzige Grund für Preissenkungen sind. Das ist eine verkürzte, nicht korrekte Darstellung.

Die GL erachtet die von den Arbeitsgruppen erarbeitete Fassung als angemessen. Sie enthält alle wesentlichen Elemente, verweist auf die Problematik der Kapital- und Produktionsverschiebungen und ist besser ins Gesamtgefüge des Wirtschaftskonzepts eingepasst.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-16: Sylvain Thévoz Parti socialiste Ville de Genève, section cantonale Genève

Wortmeldung: Sylvain Thévoz

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Eine Kürzung dieses Abschnitts würde bedeuten, dass wir die positiven Aspekte der Globalisierung ausblenden und nur die negativen hervorheben. Die GL ist der Meinung, dass die sehr breit erarbeitete und an der DV vom 2. Februar bereits angenommene Formulierung den Sachverhalt treffender darstellt. Die GL lehnt eine isolationistische oder gar protektionistische Betrachtung ab.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-18: Raffael Wüthrich, Sektion Bolligen, Bern, Delegierter

Wortmeldung: Raffael Wüthrich

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme, siehe A-21

Begründung:

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL zugunsten der modifizierten Annahme der GL, siehe A-21

A-19: SP Frauen* Schweiz

Wortmeldung: Barbara Keller

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die Forderung ist richtig und wird unter 3.3.4 konkretisiert. An dieser Stelle und in dieser Weise integriert wirkt sie aber verwirrend, weil der Zusammenhang zum Klimaschutz nicht erklärt wird

Beschluss des Parteitags: Annahme von A-19 entgegen dem Antrag der GL mit 204 zu 146 Stimmen

A-20: Daniel Jositsch

Wortmeldungen: Ronja Jansen, Clément Borgeaud, Daniel Jositsch

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die GL schlägt als Kompromiss zwischen dem Antrag A-21 Jositsch und A-19 Wüthrich folgenden Formulierung vor:

Die SP will dazu beitragen, das Wachstumsdilemma zu durchbrechen. Dazu verfolgen wir eine Doppelstrategie. Wir fordern einerseits verbindliche Reduktionspläne für Emissionen und Ressourcenverbrauch, insbesondere Dekarbonisierung bis 2045 (Null Öl, Gas, Kohle). Das wird erleichtert durch mehr nachhaltiges Wachstum. Die Anstrengungen zur Entkoppelung von Wirtschaftsleistung und Ressourcenverbrauch mittels Forschung und massive Investitionen in und Förderung von Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz, Reparaturwesen und erneuerbare Energien müssen intensiviert werden.

Andererseits wollen wir die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum vermindern und zu einem Werte- und Politikwandel beitragen, der uns von der Fokussierung auf hohe Renditen befreit. Nur so finden wir zu einem Umgang mit unserem Planeten, in dem das gute Leben für alle Generationen wichtiger ist als der kurzfristige Profit von wenigen.

Das Abwenden der Klimakatastrophe ist die dringlichste Herausforderung unserer Zeit. Wir sind überzeugt, dass eine Demokratisierung der Gesellschaft und eine gerechtere Verteilung der Gewinne notwendig sind, um diese Korrektur in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit zu erwirken. Wenn die Bevölkerung teilhat, an den wirtschaftlichen Entscheiden und ihr die Gewinne daraus zustehen, kann und wird sie die nötigen Korrekturen vornehmen. Dieses Ziel darf nicht auf Übermorgen verschoben werden, sondern muss sofort durch mutige politische Korrekturen angegangen werden. Es braucht mehr soziales, ökologisches und demokratisches Unternehmertum. Es braucht Preissignale, die sicherstellen, dass alle sozialen und ökologischen Schäden durch die Verursacher bezahlt werden und es braucht staatliche Förder- und Anreizprogramme für den raschen ökologischen Umbau unserer Wirtschaft.

Antrag A-20 wurde zugunsten der modifizierten Annahme der GL zurückgezogen.

Beschluss des Parteitags: modifizierte Annahme gemäss Antrag der GL

A-22: Raffael Wüthrich, Sektion Bolligen, Bern, Delegierter

Wortmeldungen: Rolf T. Spörri, Raffael Wüthrich

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Wir haben die Vollgeld-Initiative abgelehnt. Die GL möchte die Debatte an dieser Stelle nicht neu eröffnen.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-23: Raffael Wüthrich, Sektion Bolligen, Bern, Delegierter

Wortmeldung: Raffael Wüthrich

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Der Antrag ist bereits im Kapitel 2.2.3 aufgenommen.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-24: Sylvain Thévoz Parti socialiste Ville de Genève, section cantonale Genève

Wortmeldung: Sylvain Thévoz

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Es geht in diesem Kapitel um die Vermögens- und Einkommenskonzentration. Die GL möchte an dieser Stelle keine Forderungen nach gesunden Lebensmitteln oder Analysen zur industriellen Lebensmittelproduktion einführen.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-26: Dani Altenbach, Winterthur-Töss

Wortmeldung: Dani Altenbach

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die hier dargestellten Zusammenhänge sind im Papier bereits enthalten. Wir möchten aber das Thema Wachstum und Wirtschaft nicht einseitig mit dem Thema Migration verbinden.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-27: SP Frauen* Schweiz

Wortmeldungen: Marilena Corti, Cristina Zanini

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme.

Begründung: Wir wollen hier nicht das Manifest für eine konsequente feministische SP in extenso abschreiben. Wir sind aber bereit auch an dieser Stelle noch einmal in einer Fussnote auf das Manifest zu verweisen.

Beschluss des Parteitags: Annahme von A-27 entgegen dem Antrag der GL mit 174 zu 173 Stimmen.

Für die GL nimmt Roger Nordmann Stellung.

Diskussion und Behandlung der Anträge A-28 bis A-50 (Politische Stossrichtungen: Gute Arbeit für alle)

A-28: Boris Previsic, SP Wallisellen

Wortmeldung: Boris Previsic

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Wir sind hier bei der Einleitung zum Kapitel 3 politische Stossrichtung. Die Forderungen dieses Antrags sind sämtliche bereits unter Punkt **3.2.1 Abhängigkeit von fossiler Energie überwinden** im Detail enthalten und im Kapitel 1.6 wird ihre Bedeutung für uns betont.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-29: Boris Previsic, SP Wallisellen

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Siehe vorhergehenden Antrag

Der Antrag wurde zurückgezogen.

A-31: Sepp Dorfschmid, SP-Wädenswil

Wortmeldung: Sepp Dorfschmid

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung: Die GL möchte an der in den Arbeitsgruppen beschlossenen Struktur der Stossrichtungen festhalten. Das Thema umweltgerechtes Wirtschaften ist an anderen Stellen prominent abgehandelt. Es geht hier ganz bewusst darum, darauf hinzuweisen, dass pionierhafte Gemeinwerke auch in früheren Zeiten vom Schweizer Staat erfolgreich gestemmt wurden.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-32: Yusuf Kulmiye et Bertil Munk, Lausanne, PSV

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung Es geht hier nicht darum, weitere Analysen vorzunehmen. Die hier aufgeführten Feststellungen sind im Kapitel 1.3 und 2.2.2 enthalten. Hier ist der Ort um sondern konkrete Forderungen und Stossrichtungen für wirtschaftspolitisches Handeln zu stellen.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

A-35: Sylvain Thévoz Parti socialiste Ville de Genève, section cantonale Genève

Wortmeldung: Sylvain Thévoz

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung**Begründung:** Die GL möchte an der Zielgrösse von 35 Stunden festhalten. Die Formulierung „Die Stundenzahl kann entscheidend sein oder nicht“ ist zu unklar und flauschig.**Beschluss des Parteitags:** Ablehnung gemäss Antrag der GL**A-36: Sarah Wyss, Benjamin Plüss, Ruben Knaack, Laurent Godel, Johannes Bühler, Jürg Gschwend, SP Basel-Stadt**

Wortmeldung: Sarah Wyss

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung**Begründung:** Die GL möchte an der Zielgrösse von 35 Stunden festhalten. Die Formulierung „die Erwerbszeit ist neu zu definieren und der Fokus auf die Lebensarbeitszeit zu legen“ ist zu wenig klar formuliert. Was ist mit Lebensarbeitszeit gemeint, welche wöchentlichen Höchstarbeitszeiten sind damit verbunden und für welche Kategorien?**Beschluss des Parteitags:** Ablehnung gemäss Antrag der GL mit 199 zu 143 Stimmen**A-37: SP Frauen* Schweiz****Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung**Begründung:** Die GL erachtet eine fixe Mindeststundenzahl von 22 Stunden für nicht angebracht. Man würde damit geringere Teilzeitpensen schlicht verbieten.**Der Antrag wurde zurückgezogen.****A-39: Raphael Racine, Sektion Muri-Gümligen, Kantonalpartei Bern, Delegierter**

Wortmeldung: Raphael Racine

Empfehlung der GL: Ablehnung.**Begründung:** Die Geschäftsleitung ist sich bewusst, dass angesichts der Machtverhältnisse nicht alle Forderungen sofort umgesetzt werden können. Inhaltlich hält sie aber an der (Maximal-)Dauer von 12 Monaten für ein Sabbatical fest. Angesichts der Tatsache, dass die meisten Menschen 45 Jahre arbeiten, scheint uns eine Auszeit von einem Jahr nicht überrissen.**Beschluss des Parteitags:** Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-40: Eventualantrag zu A-39: Raphael Racine, Sektion Muri-Gümligen, Kantonalpartei Bern, Delegierter

Wortmeldung: Raphael Racine

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung: Genauso wie Ferien bezahlt sind, so soll auch ein Sabbatical bezahlt sein. Ein unbezahltes Sabbatical steht faktisch nur Menschen mit hohem Einkommen offen, die sich einen solchen Erwerbsunterbruch leisten können. Unser Ziel ist aber, dass alle Arbeitnehmenden die Möglichkeit auf eine bezahlte Auszeit erhalten.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-43: Luc Rochat, Montagnes neuchâtelaises, NE.

Wortmeldung: Luc Rochat

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Teilhabe ist genauso wichtig wie Mitbestimmung und fördert letztere. Sie ist ein Schritt zur Eindämmung der Vermögenskonzentration.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-45: Luc Rochat, Montagnes neuchâtelaises, NE

Wortmeldung: Luc Rochat

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die GL ist der Meinung, dass die Forderung viel zu allgemein gehalten ist. In diesem Teil des Papiers möchten wir möglichst konkrete wirtschaftspolitische Handlungsanleitungen skizzieren.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-49: SP60+ (Katharina Macina)

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung: Die GL erachtet es nicht als zielführend und sinnvoll, einen festen Betrag festzulegen. Die Forderung nach existenzsichernden Renten ist im Papier enthalten.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Für die GL nimmt Beat Jans Stellung.

Diskussion und Behandlung der Anträge A-51 bis A-60 (Politische Stossrichtungen: Pionierhafte Gemeinwerke)

A-51: Andre Kaufmann, Delegierter SP Thalwil (Kt. Zürich)

Wortmeldung: Andre Kaufmann

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung: Wie der Antragsteller selbst schreibt, ist der Atomausstieg beschlossene Sache, die SP möchte sich auf die nun im Vordergrund stehende Befreiung von der Abhängigkeit von der fossilen Energie konzentrieren.

Beschluss des Parteitags: Annahme von A-51 entgegen dem Antrag der GL mit 167 zu 147 Stimmen.

A-53: Matthieu Béguelin, ville de Neuchâtel, PSN

Wortmeldung: Matthieu Béguelin

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung: Das Konzept einer Verkehrsabgabe auf Lebensmittel müsste genau geprüft werden, um abzuklären, wie sozial eine solche Steuer wäre. Hingegen soll in Kapitel 3.4.1 eingefügt werden, dass sich die Schweiz für eine internationale CO₂-Abgabe einsetzt.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-54: Raphael Racine, Muri-Gümligen, Kantonalpartei Bern, Delegierter

Wortmeldung: Raphael Racine

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung: Bei Devisenreserven der SNB von rund 800 Milliarden Franken ist ein Betrag von 30 Milliarden nicht zu hoch.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-55: Jérôme Bartholome Parti socialiste Ville de Genève, section cantonale Genève

Wortmeldung: Jérôme Bartholome

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung: Die GL möchte das Thema „Glückskultur“ an dieser Stelle nicht einführen. Es geht hier in erster Linie um konkrete wirtschaftspolitische Forderungen.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-56: Raffael Wüthrich, Sektion Bolligen, Bern, Delegierter

Wortmeldungen: Raffael Wüthrich, Luca Dahinden, Marcel Züger

Empfehlung der GL: Modifizierte Annahme.

Begründung: Wir schlagen einen weiteren Punkt vor, der folgendermassen formuliert wäre:

Die Basisinfrastruktur der Schweizer Wirtschaft (Wasser, Boden, Strom, Bildung, Gesundheit, Mobilität, Post, Kommunikation, etc.) gehört ins Volksvermögen.

Die von Unternehmen betroffenen Anspruchsgruppen (Mitarbeitende, Lieferant*innen, Anwohner*innen, etc.) sollen die Möglichkeit haben, zu Miteigentümer*innen der Unternehmen zu werden.

Beschluss des Parteitags: Modifizierte Annahme gemäss Antrag der GL

A-58: Yusuf Kulmiye et Bertil Munk, Lausanne, PSV

Wortmeldung: Bertil Munk

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung:

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

Für die GL nimmt Martin Pfister Stellung.

Beschluss des Parteitags: Diskussion und Behandlung der Anträge A-61 bis A-84 (Politische Stossrichtungen: Starkes Gemeinwesen und Internationales Engagement)

A-61: Matthieu Béguelin, ville de Neuchâtel, PSN

Wortmeldung: Michel Zimmermann

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Diese Forderung ist bereits im letzten Bulletpoint dieses Kapitels 3.3.1. enthalten.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-63: Jérôme Bartholome Parti socialiste Ville de Genève, section cantonale Genève

Wortmeldung: Jérôme Bartholome

Empfehlung der GL: Ablehnung

Begründung: Unklar formulierter Antrag

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-66: Yusuf Kulmiye et Bertil Munk, Lausanne, PSV

Wortmeldung: Yusuf Kulmiye

Empfehlung der GL zu A-30 und A-31: Ablehnung.

Begründung: Die GL empfindet diese Forderungen als zu detailliert und am falschen Ort in diesem mittelfristig ausgerichteten Wirtschaftskonzept. Es geht hier nicht darum, alle möglichen Forderungen aufzustellen, sondern in den jeweiligen Stossrichtungen kohärente Strategien aufzuzeigen.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-67: Nadia Kuhn, Andrea Simonett, Hannah Pfalzgraf, Dario Engeloeh, Lorena Stocker, Virginie Bertoncini, Ronja Jansen, Brice Touilloux, Julia Baumgartner, Gian Luca Bonanomi, Loris Ducry, Luca Dahinden, Lewin Lempert und Mia Jenni

Wortmeldung: Nadia Kuhn

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung: Die bestehende Formulierung stellt sicher, dass ein für alle Zugang zu einem staatlich finanzierten, erschwinglichen Grundangebot haben. Luxusangebote muss der Staat nicht finanzieren.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-70: Nadia Kuhn, Andrea Simonett, Hannah Pfalzgraf, Dario Engeloeh, Lorena Stocker, Virginie Bertoncini, Ronja Jansen, Brice Touilloux, Julia Baumgartner, Gian Luca Bonanomi, Loris Ducry, Luca Dahinden, Lewin Lempert und Mia Jenni

Wortmeldung: Nadia Kuhn

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Der erste Teil der Forderung ist im ersten Bulletpoint dieses Kapitels bereits enthalten und mit modifiziertem Antrag A-68 zur Einleitung dieses Kapitels bereits erklärt. Der zweite Teil der Forderung ist zu wenig konkret um diesem Kapitel Aufnahme zu finden.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-71: Sylvain Thévoz Parti socialiste Ville de Genève, section cantonale Genève

Wortmeldung: Sylvain Thévoz

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung: Mit dem Antrag A-69 sprechen wir uns für eine vollständig öffentlich finanzierte Kinderbetreuung aus.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-72: Sylvain Thévoz Parti socialiste Ville de Genève, section cantonale Genève

Wortmeldung: Sylvain Thévoz

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung: Die GL ist der Meinung, dass diese Forderung in jener zur Arbeitszeitreduktion bereits enthalten ist.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-73: Sylvain Thévoz Parti socialiste Ville de Genève, section cantonale Genève

Wortmeldung: Sylvain Thévoz

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung: Die Abschaffung der Armee ist nicht in erster Linie eine wirtschaftspolitische Forderung.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-74: SP Frauen* Schweiz

Wortmeldung: Andrea Scheck

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung: Wir wollen hier keine Zweckbindung festschreiben. Das soll eine gewisse Flexibilität in der konkreten politischen Arbeit offen lassen. Zudem haben wir weiter oben diverse Forderungen mit Kostenfolgen, die über diese Instrumente finanziert werden sollen.

Beschluss des Parteitags: Annahme von A-74 entgegen dem Antrag der GL mit 178 zu 164 Stimmen.

A-78: Sylvain Thévoz Parti socialiste Ville de Genève, section cantonale Genève

Wortmeldung: Sylvain Thévoz

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung: Die GL möchte keine Zuckersteuern oder das Verbot von fetthaltigen Produkten in diesem Wirtschaftskonzept fordern.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

Für die GL nimmt Beat Jans Stellung.

Diskussion und Behandlung der Anträge A-85 bis A-95 (Schlusswort und Ausblick)

A-85: Sepp Dorfschmid, SP-Wädenswil

Wortmeldung: Sepp Dorfschmid

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung: Die GL möchte in einer Resolution das weitere Vorgehen festlegen. Darin werden auch Elemente dieses Antrags aufgenommen.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

A-86: Raphael Racine, Sektion Muri-Gümligen, Kantonalpartei Bern, Delegierter

Wortmeldung: Raphael Racine

Empfehlung der GL: Modifizierte Annahme.

Begründung: Mit dem Anliegen ist die Geschäftsleitung einverstanden. Sie wird eine Zusammenfassung auf Basis des finalen Wirtschaftskonzepts in Auftrag geben.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-87: Racine Raphael, Sektion Muri-Gümligen, Kanton Bern, Delegierter

Wortmeldung: Raphael Racine

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung: Der Aufwand für eine genaue oder plausible Berechnung der Kosten ist enorm und würde auch eine falsche Genauigkeit vorgaukeln, da die Forderungen nicht immer quasi in Reinkultur umgesetzt werden können. Entsprechend müssten differenzierte Kostenfolgenabschätzung vorgelegt werden, was viel zu aufwendig wäre.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-88: Maria Hildebrand, QV ABI / SP Basel Stadt

Wortmeldung: Maria Hildebrand

Empfehlung der GL: Ablehnung

Begründung: Die Gründung eines Verfassungsgerichts in der Schweiz sprengt den Rahmen dieses Wirtschaftskonzepts. Die GL ist auch nicht einverstanden mit der Forderung nach einer Abschaffung des Gesetzes über die Krankenversicherung (KVG) sowie den anderen Punkten, die vor allem juristische Institutionen betreffen.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-89: Sylvain Thévoz Parti socialiste Ville de Genève, section cantonale Genève

Wortmeldung: Sylvain Thévoz

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung: siehe Forderung oben

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-91: Jürg Weber, Delegierter SP11 und Präsident FiWiKo Kanton Zürich

Wortmeldung: Jürg Weber

Empfehlung der GL: Modifizierte Annahme.

Begründung: Die GL ist damit einverstanden, das Dokument Unsere Wirtschaft auch in einer elektronischen Form überall und jederzeit zur Verfügung zu stellen. Die Herstellung einer Version für Smartphones, d.h. für Mobiles und Tablets für die Betriebssysteme Android und iOS für alle Interessierten (SP und Nicht-SP-Mitglieder) wird von den Kosten abhängig gemacht. Entsprechende Abklärungen werden vorgenommen.

Beschluss des Parteitags: modifizierte Annahme gemäss Antrag der GL

A-92: Jürg Weber, Delegierter SP11 und Präsident FiWiKo Kanton Zürich

Wortmeldung: Jürg Weber

Empfehlung der GL: Modifizierte Annahme.

Begründung: Ein fester Rhythmus scheint der GL zu starr, das Wirtschaftskonzept soll aber periodisch, in der Regel alle zwei Jahre, auf Antrag der DV oder durch einen Entscheid der GL aktualisiert bzw. ergänzt werden. Die 10-Jahres-Periode ist tatsächlich sehr lang. Andererseits ist der Aufwand für eine zweijährliche Überarbeitung des Konzepts zu gross und bindet zu viele Ressourcen im Generalsekretariat. Deshalb ist ein pragmatischer Überarbeitungs- bzw. Ergänzungsmodus besser geeignet.

Beschluss des Parteitags: modifizierte Annahme gemäss Antrag der GL

A-93: Jürg Weber, Delegierter SP11 und Präsident FiWiKo Kanton Zürich

Wortmeldung: Jürg Weber

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung: Das ist unrealistisch. Wir können nicht erwarten, dass sämtliche Parlamentsmitglieder auf allen politischen Ebenen der SP jeweils 'Unsere Wirtschaft' konsultieren, wenn sie einen Vorstoss einreichen und dann auch noch die Abweichung begründen. Als Richtschnur soll das Dokument gelten, Abweichungen wird es immer wieder geben, auch in einzelnen Kantonen und Gemeinden.

Beschluss des Parteitags: Ablehnung gemäss Antrag der GL

A-95: Sepp Dorfschmid, SP-Wädenswil

Wortmeldung: Sepp Dorfschmid

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Begründung: Die GL erachtet die Forderung als unnötig.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Für die GL nimmt Lewin Lempert Stellung.

Schlussabstimmung

Beschluss des Parteitags: Das Wirtschaftskonzept wird mit 340 zu 5 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen.

8. Die Schweiz, ein Land wie alle anderen?

Schlussrede von Gastreferentin Liliane Maury Pasquier

Rede von Liliane Maury Pasquier, Präsidentin Parlamentarische Versammlung des Europarats, Ständerätin Genf: Liliane erläutert Funktionsweise und Rolle des Europarats. Menschenrechte und Kampf gegen Populismus sind zentrale Aspekte. Es geht um den Erhalt des Friedens. Die offene Diskussion ist zwingend und soll Mauern verhindern. Internationale Organisationen wie UNO und Europarat sind dabei zentral. Ziele sind Demokratie, Rechtsstaat und gleiche Rechte für alle. Die Schweizer Behörden müssen sich für Offenheit und Multilateralismus sowie gegen Populismus einsetzen. Das Thema Gewalt gegen Frauen wird intensiv aufgegriffen. Der Europarat hat eine neue Initiative gegen Übergriffe im Parlament ergriffen unter dem Motto: „Not in my parliament“. Dieser Ansatz soll in alle Lebensbereiche ausstrahlen.

9. Div. Mitteilungen und Schluss des ersten Verhandlungstages

Hinweis Kopfhörer zurückgeben, spezielle Aktion zu den Wahlen 2019.

Beschlussprotokoll des Parteitags der SP Schweiz Sonntag, 2. Dezember 2018 in Brugg/Windisch

Rebekka und Hannah präsentieren die Resultate des Genderwatch-Protokolls vom Samstag. Aurora Garcia vom Solifonds stellt die Brasilien-Petition vor.

1. Gegen Vorurteile – für gleiche Rechte!

Marina Carobbio, Nationalrätin TI, Präsidentin Nationalrat 2018 - 2019, eröffnet den zweiten Verhandlungstag.

2. Wahlen

Wahl Präsidium

Kurze Ansprache von Christian Levrat.

Wiederwahl des Präsidenten.

Beschluss des Parteitags: Christian Levrat wird als Präsident einstimmig gewählt bei einzelnen Enthaltungen.

Wahl Vize-Präsidium

Marina Carobbio, Beat Jans, Barbara Gysi und Tamara Funicello stellen sich alle zur Wiederwahl.

Beschluss des Parteitags: Marina Carobbio, Beat Jans, Barbara Gysi und Tamara Funicello werden in Globo einstimmig gewählt.

Ausser Géraldine stellt sich das gesamte Vize-Präsidium wieder zur Wahl. Géraldine verabschiedet sich mit einer Rede und wird mit grossem Applaus verabschiedet.

Als Nachfolge für Géraldine hat sich für das Vize-Präsidium Ada Marra beworben. Ada hält eine Bewerbungsrede.

Beschluss des Parteitags: Ada Marra wird einstimmig als Vize-Präsidentin gewählt.

Wahl der vom Parteitag direkt gewählten Mitglieder der GL

Mario Carrera stellt sich zur Wiederwahl. Vera Ziswiler und Filippo Rivola treten zurück. Für die frei werdenden Sitze sind zwei Bewerbungen eingegangen. Gabriela Suter und Andreas Burger stellen sich kurz vor.

Beschluss des Parteitags: Mario Carrera, Gabriela Suter und Andreas Burger werden einstimmig gewählt.

3. Fortsetzung Traktanden Vortag

Es gibt keine Traktanden des Vortages zu behandeln.

4. Prämien-Entlastungs-Initiative

Barbara Gysi macht eine kleine Einführung.

Podiumsdiskussion mit: Ruth Dreifuss, Walter Vogelsanger, Marina Carobbio und Dario Sulzer findet statt.

A-5 Tim Cuénod und Pascal Pfister zur Prämien-Entlastungs-Initiative

Voten: Tim Cuénod, Angelo Barille, Barbara Gysi.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Geschäftsleitung teilt die Überlegungen der Verfasser des Antrags. Dennoch beantragt sie, diesen hauptsächlich aus folgenden Gründen abzulehnen:

Die Arbeitsgruppe, die den Text erarbeitete, hat lange darüber diskutiert, ob es Sinn macht, eine detaillierte Textvariante vorzulegen. Die Geschäftsleitung hat schliesslich einstimmig das von der Arbeitsgruppe vorgeschlagene Vorgehen unterstützt und eine möglichst einfache Variante gewählt. So legt der Text zwei Grundsätze fest, die klar und für alle verständlich sind: Die Prämien sollen 10 % des verfügbaren Einkommens nicht übersteigen, und die Initiative legt einen Verteilschlüssel für die Finanzierung der individuellen Prämienverbilligungen zwischen Bund und Kantonen fest, um dieses Ziel zu erreichen. Verständlicher kann die Botschaft nicht sein.

Eine detaillierte Variante macht als Verfassungsbestimmung keinen Sinn. Zudem birgt sie die Gefahr, dass die Debatte verkompliziert wird und die Hauptbotschaft unserer Initiative völlig untergeht. So müsste eine detaillierte Variante den Begriff des verfügbaren Einkommens definieren, das masgebende Einkommen für das Recht auf eine individuelle Prämienverbilligung, die Referenzprämie usw. Die Debatte würde mit all diesen Details ausufern, und man würde das Hauptziel der Initiative aus den Augen verlieren. Die Geschäftsleitung ist der Ansicht, dass diese Fragen vom Gesetzgeber zu regeln sind und die Bürgerinnen und Bürger die Aufgabe haben, über die grossen Grundsätze zu entscheiden. Damit das Parlament den Inhalt der Initiative nicht völlig verwässert, unterbreitet die SP in einem Initiativkonzept einen Umsetzungsvorschlag, der all diese Elemente enthält. Zudem fordern die Verfasser des Antrags, ein Element unter vielen in den Text aufzunehmen. Es ist nicht klar, weshalb die Einkommensgrenze im Text erscheinen sollte, andere Parameter hingegen nicht.

Beschluss des Parteitags: Der Antrag wird abgelehnt.

Entscheid über Lancierung der Initiative:

Beschluss des Parteitags: Die Lancierung der Initiative wird bei einer Nein-Stimme und wenigen Enthaltungen beschlossen.

5. Rede Bundesrätin Simonetta Sommaruga

Bundesrätin Simonetta Sommaruga spricht zu den Delegierten und wird mit grossem Applaus verdankt.

6. Parolenfassung zu den eidg. Abstimmungen vom 10. Februar 19

Eidg. Volksinitiative „Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)“

Thomas Hardegger stellt die Initiative vor.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ja-Parole

Beschluss des Parteitags: Der Parteitag beschliesst die Ja-Parole mit 245:10 Stimmen bei 9 Enthaltungen.

7. Rede Paulo Pisco

Rede von Paulo Pisco, SP Portugal, Abgeordneter im nationalen Parlament und in der parlamentarischen Versammlung des Europarats.

8. Anträge und Resolutionen

A-1 der SP Frauen*: Unterstützung Frauenstreik

Zum Lied "Bread and Roses" stellen sich Genossinnen und Genossen auf die Bühne und präsentieren Schilder mit Forderungen.

Tamara Funciello und Martine Docourt stellen die Resolution vor. Christian Levrat betont die Unterstützung des Präsidiums.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

A-2 der SP Maur: Änderung des Krankenkassengesetzes (KVG)

Stellungnahme der Geschäftsleitung: zurückgezogen

A-3 Andi Dauru et al: Unterstützung Kantonale SV17-Referenden

Wortmeldung: Lewin Lempert.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: (...) Ebenso unterstützt die SP Schweiz die Referenden mit Präsenz in den Medien, Veranstaltungen vor Ort durch bekannte Mandatsträger*innen (Parteipräsidium, Fraktionspräsidium, Fraktion) und finanzieller Unterstützung in entsprechender Höhe.

Die Geschäftsleitung ist mit dem Anliegen völlig einverstanden. Es entspricht zu hundert Prozent der Strategie der SP, wie sie an der ausserordentlichen DV in Olten am 29. September beschlossen wurde: Wir unterstützen die nationale STAF-Vorlage, weil sie Fortschritte im Steuerbereich mit sich bringt und die AHV finanziell entlastet. Aber wir bekämpfen entschieden und mit voller Kraft alle kantonalen Umsetzungen, die zu grosse Ausfälle hinterlassen, die die natürlichen Steuerzahlenden zusätzlich belasten oder die neue Schlupflöcher und Privilegien für Unternehmen und Aktionäre schaffen.

Sofern die Kantonalparteien sich an den Beschluss der DV halten und die STAF-Vorlage auf nationaler Ebene mittragen, wird die SP Schweiz die Kantonalparteien entsprechend den im Antrag genannten Massnahmen bei ihren kantonalen Referenden unterstützen. Diese Unterstützung soll im Rahmen der ordentlichen Stellenprozente und Budgets der SP Schweiz geschehen. Im Hinblick auf die Wahlen 2019 wurde die Zahl der Stellenprozente bereits aufgestockt. Somit werden sowohl in der Kampagnenabteilung wie auch in der politischen Abteilung genügend Ressourcen vorhanden sein, um die notwendige Unterstützung zu leisten.

Eine direkte finanzielle Unterstützung kantonaler Referenden durch die SP Schweiz lehnt die Geschäftsleitung hingegen ab. Die Kantonalparteien erhalten gemäss Vereinbarung Geld aus dem Fundraising der SP Schweiz, das sie nach eigenem Gutdünken einsetzen können. Eine zusätzliche Finanzierung kantonaler Abstimmungen ist nicht Aufgabe der SP Schweiz, würde zu unschönen Verteilungskämpfen zwischen den Kantonen führen und einen heiklen Präzedenzfall schaffen. Die Unterstützung muss politischer, kampagnentechnischer und inhaltlicher Art sein.

Beschluss des Parteitags: Der Antrag wird angenommen.

A-4 Mattea Meyer et al: Erarbeitung einer Volksinitiative zur materiellen Steuerharmonisierung

Wortmeldungen: Mattea Meyer, Christian Levrat.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Der Antrag wird angenommen.

Christian Levrat hält eine kurze Ansprache zum Verhältnis zwischen SP und Gewerkschaften.
Pierre-Yves Maillard hält eine kurze Ansprache.

R-1 SP MigrantInnen: Europa den Nationalisten und Fremdenfeinden überlassen oder für eine starke und soziale EU eintreten? Das ist die Wahl!

Wortmeldungen: Grazia Tredanari, Gaëlle Courtens, Andrea Burckhardt.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Die Resolution wird einstimmig angenommen bei einzelnen Enthaltungen.

R-2 Nadia Kuhn et al: Ausbeutung von Care-Migrant*innen stoppen!

Wortmeldungen: Ronja Jansen, Barbara Gysi.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme im Sinne des Wirtschaftskonzepts

Beschluss des Parteitags: Der Antrag wird angenommen.

R-3-a Nadia Kuhn et al: Umweltkrise stoppen - Wirtschaftssystem verändern!

Wortmeldungen: Nadia Kuh, Mia Jenni, Clément Borgeaud, Barbara Gysi.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten Gegenresolution R-3-b „Klimakrise stoppen – Wirtschaft ökologisch umbauen“ der Geschäftsleitung

Begründung: 1) Die Delegiertenversammlung der SPS hat am 23. Juni 2018 das Positionspapier «Verkehr und Finanzplatz Schweiz als blinde Flecken der Schweizer Klimapolitik - SP will Taten statt Illusionen» einstimmig verabschiedet und somit ihre Position zum Thema Klimaschutz geklärt. Dort wurde ein ähnlich lautender Antrag der JUSO abgelehnt. Die Gegenresolution ist eine Zusammenfassung dieser kürzlich verabschiedeten Position.

2) Das Wirtschaftskonzept «Unsere Wirtschaft» äussert sich explizit zum Verhältnis zwischen Klimaschutz und Kapitalismus. Die GL will nicht, dass mit dieser Resolution eine anderslautende Auslegung verabschiedet wird. Zudem wurde ein weiterer ähnlich lautender Antrag der Juso an der DV vom 24. Februar 2018 im Rahmen der ersten Diskussion des Wirtschaftskonzeptes bereits abgelehnt.

Beschluss des Parteitags: siehe R3a.

R-3-b der Geschäftsleitung: Umweltkrise stoppen – Wirtschaftssystem verändern!

Wird gemeinsam mit der Resolution 3a besprochen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Die Resolution 3b obsiegt gegenüber 3a und wird angenommen.

R-4 SP60+: Bezahlbaren Wohnraum für Alle – auch im Alter!

Wortmeldung: Ada Marra.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Die Resolution wird einstimmig angenommen.

R-5-a SP60+: Ein Leben in Würde – auch für die Schwächsten! Stopp dem Abbau bei der Sozialhilfe!

Wortmeldung: Hansjürg Rohner, Marcel Bulet, Barbara Gysi.

Antrag der Geschäftsleitung: Ablehnung zugunsten Gegenresolution R-5-b der Geschäftsleitung.

Begründung: Grundsätzlich geht die Resolution in die richtige Richtung und die Analyse ist korrekt. Die Lösungen jedoch sind schlecht. Die SP hat das Ziel, die Sozialhilfe auf Bundesebene mit einem entsprechenden Sozialhilfegesetz zu regeln, und nicht, die Sozialhilfe aufgrund von Bundesvorschriften zu «kantonalisieren». Zudem sind die Kantone bereits heute für die Sozialhilfe zuständig. Die Unterschiede liegen bei der Belastung, denn zum Teil werden die Ausgaben auf die Gemeinden überwält.

Daneben kämpft die SP für eine Stärkung der Sozialversicherungen, also von Systemen, die der Sozialhilfe vorgelagert sind. Die Zahlen der Sozialhilfe sind vor allem wegen früherer Reformen der IV und der Arbeitslosenversicherung gestiegen. Die Personen wurden ganz einfach in die Sozialhilfe abgeschoben, obwohl eigentlich die Instrumente, über welche die Sozialversicherungen zur Wiedereingliederung der Versicherten verfügen, wirksamer sind als jene der Sozialhilfe, die eine Nothilfe bleibt. Die Geschäftsleitung der SP ist deshalb der Ansicht, dass es nicht angebracht ist, die Sozialhilfe so zu stärken, wie es die SP 60+ fordert. Sie soll statt dessen auf struktureller Ebene gestärkt werden, wie wir das in unserem Positionspapier von 2015 gefordert haben (https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/these_aide_sociale_position_presidence_de.pdf).

Beschluss des Parteitags: siehe R5b

R-5-b Gegenresolution der Geschäftsleitung: Für eine moderne und gerechte Sozialhilfe!

Wird gemeinsam mit R5a behandelt.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Die Resolution R5b obsiegt gegenüber R5a und ist angenommen.

R-6 SP Neuenburg: Solidarität mit allen Regionen der Schweiz

Wortmeldung: Baptiste Hurni.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Die Resolution wird angenommen.

R-7 der Geschäftsleitung: Gegen das Krankenkassendiktat bei der Gesundheitsfinanzierung

Wortmeldung: Barbara Gysi.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Die Resolution wird angenommen.

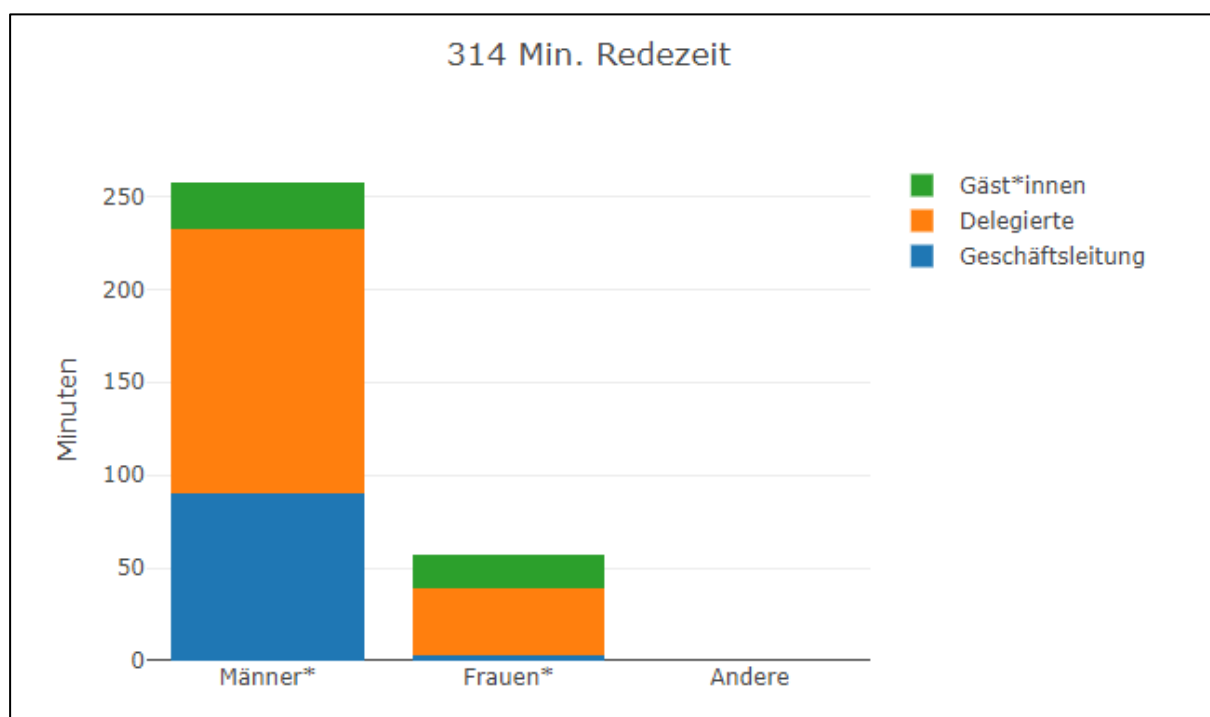
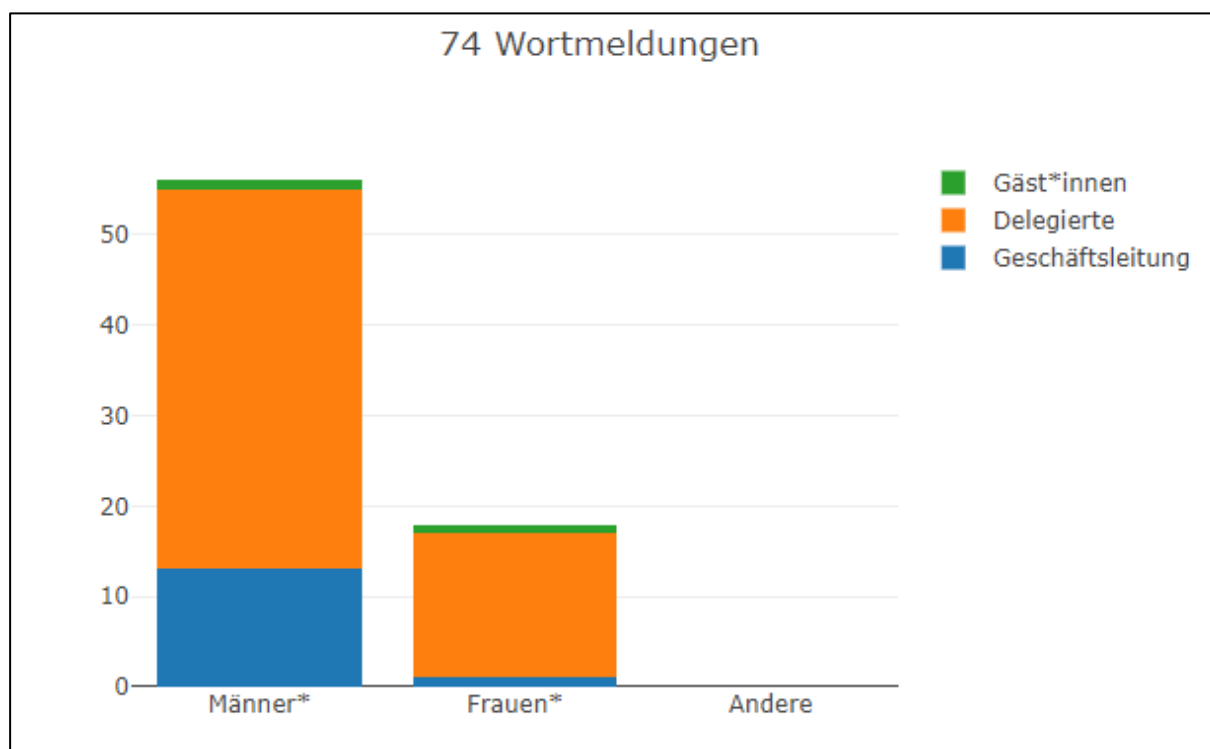
9. Varia

Clément Borgeaud weist darauf hin, dass nicht alle Anträge übersetzt waren.

Rebekka Wyler verdankt verschiedene Beteiligte.

Der Parteitag endet mit dem Singen der Internationalen.

Gender-Watch-Protokoll Samstag, 1. Dezember 2018



Gender-Watch-Protokoll Sonntag, 2. Dezember 2018

